

Ulbrichts Weg zur Mauer

Von Manfred Wilke

Die zunächst mit Stacheldraht, dann mit einer Mauer vollzogene Teilung Berlins war ein spektakulärer Schritt von außerordentlicher Symbolkraft, der die Geschichte der Krise in ihrer Wahrnehmung selbst überlagerte. Als der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita S. Chrusčev durch sein Ultimatum 1958 diesen weltpolitischen Konflikt um Berlin auslöste, dachten weder er noch der Erste Sekretär der SED Walter Ulbricht daran, daß sie am Ende diese Mauer durch die Stadt ziehen würden. Ihre Ziele waren weiter gesteckt: Sie wollten einen Friedensvertrag der vier Siegermächte mit Deutschland – also den beiden deutschen Staaten –, die Transformation Westberlins in eine »entmilitarisierte Freie Stadt« auf dem Territorium der DDR und damit verbunden den Abzug der »westlichen Besatzungstruppen« aus Berlin. Sollten die Westmächte einen solchen Friedensvertrag nicht unterzeichnen, würde ihn die Sowjetunion separat mit der DDR abschließen.

Wie ein erratischer Block lagen die westlichen Sektoren von Berlin, ökonomisch und gesellschaftlich fest verbunden mit der Bundesrepublik, mitten in der DDR. Der Wiener Gipfel bildet die Zäsur auf dem Weg zur Mauer. Kennedy gab Chrusčev in Wien zu verstehen, einen Friedensvertrag über Deutschland, mit dem West-Berlin in eine entmilitarisierte »Freie Stadt« Westberlin¹ umgewandelt würde, werde er nicht unterschreiben.

Begonnen hatte die zweite Phase des Konflikts bereits im Herbst 1960, als die SED die Landwirtschaft in der DDR kollektiviert und ihre Wirtschaftspläne sich als unerfüllbar erwiesen. Die Enteignung der Bauern führte zu Versorgungsproblemen und war eine der Ursachen für die Massenflucht aus dem »Arbeiter- und Bauernstaat«. Diese Fluchtbewegung war das öffentlich sichtbare Hauptmerkmal dieser Krise der DDR.²

Erst nach dem Wiener Gipfeltreffen traf der sowjetische Parteichef Chrusčev zwei

Entscheidungen zur Grenzschießung in Berlin: er erlaubte Ulbricht, die Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin durch die DDR-Grenzpolizei schließen zu lassen, und er befahl dem Oberbefehlshaber der »Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland« (GSSD) Armeegeneral Ivan I. Jakubovskij, die Pläne für diese Grenzschießung auszuarbeiten. Es war der sowjetische Rückzug auf den Status Quo in Berlin, den die Westmächte und die Bundesrepublik in dieser Krise verteidigt hatten.

Mit den »Maßnahmen« vom 13. August 1961 wurde die bereits 1948 politisch gesplante Stadt definitiv geteilt in Ost-Berlin (»Hauptstadt der DDR«) und West-Berlin. Die Teilung betraf die Kanalisation ebenso wie die innerstädtische Kommunikation. Für die Bevölkerung der DDR wurde das letzte verbliebene Tor zum Westen geschlossen. Die 1378 Kilometer lange innerdeutschen Demarkationslinie zwischen der DDR und der Bundesrepublik war bereits 1952 auf Befehl Stalins befestigt worden.

Walter Ulbricht und die Deutschland- und Berlinpolitik der SED 1958

Der V. Parteitag der SED im Juli 1958 in Ost-Berlin wurde zum Auftakt der Berlin-Krise. Ulbricht und Chrusčev propagierten hier offen ihre politischen Ziele zur Veränderung der Lage in Berlin. Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, war damals der unbestrittene Herrscher über seine Partei und ihren Staat.

Ulbricht unterstrich die destabilisierende Bedeutung von West-Berlin in der Sprache der kommunistischen Propaganda:

»Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist Berlin. Ein Teil der Hauptstadt, Westberlin, wird gegenwärtig noch als Stützpunkt des kalten Krieges, der Spionage und Sabotage gegen die DDR und die anderen Länder des sozialistischen Lagers mißbraucht. Die Aufgabe ist, diesen unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern, die Verhältnisse in Berlin zu normalisieren und die

ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen. In Berlin ist ein entschiedener Kampf zu führen gegen die amerikanische Lebensweise und Dekadenz, die in bestimmten Kreisen Westberlins Platz gegriffen haben.«³

Diese Forderung, die Verhältnisse in West-Berlin grundlegend zu verändern, wurde zum Kern des sowjetischen Berlin-Ultimatums. Es war der Auftakt für den Auftritt Chrusčevs. Er unterbreitete sein Angebot eines Friedensvertrages mit Deutschland und forderte, West-Berlin in eine »Freie Stadt« umzuwandeln.

Ulbricht entwickelte vor dem Parteitag auch die »ökonomische Hauptaufgabe« für die DDR, die im engen Zusammenhang mit dem geforderten Friedensvertrag stand: »Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft. (Lebhafter Beifall)«⁴

Das Überholkonzept war Ausdruck der Hoffnung, daß die Systemfragen in Deutschland zugunsten des Sozialismus entschieden werden könne.

Aber das Vorhaben war unrealistisch, die ökonomische Basis der DDR war für diesen Plan viel zu schmal. Die SED-Führung wußte das, hoffte aber auf sowjetische Hilfe und darauf, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik auf eine Krise zusteuerte – aber das Gegenteil trat ein. Der Arbeitskräftemangel in der Hochkonjunktur der Bundesrepublik hatte eine magnetische Anziehungskraft auf gut ausgebildete Fachkräfte aus der DDR und verstärkte die Flüchtlingszahlen.

Die SED im Berliner Wahlkampf 1958

Berlin war für die Bevölkerung der DDR das Tor zum Westen, damit war die Lösung des



Herbst 1961: Winken über die Berliner Mauer.
Bild: Library of Congress.

»Westberlinproblems« eine der Grundfragen der SED-Politik.

In West-Berlin suchte die SED im Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus 1958 die offene Auseinandersetzung, um ihre Forderung nach Umwandlung in eine »Freie Stadt« voranzutreiben. In der Endphase dieses Wahlkampfes griff Ulbricht ein und nahm grundsätzlich Stellung zum Status von Berlin. In der mit Moskau abgestimmten Rede⁵ wiederholte er seine Behauptung, Berlin sei Hauptstadt der DDR, und die ganze Stadt liege auf deren Territorium. Ulbricht forderte daher, die Souveränität der DDR über ihre Hauptstadt Berlin zu respektieren, einschließlich der Kontrolle der Verkehrswege von den Westsektoren nach Westdeutschland. Er nahm Bezug auf den Notenwechsel zwischen dem Außenministerium der DDR und dem der Sowjetunion von 1955 im Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR, in dem sich die DDR damit einverstanden erklärte, »daß zeitweilig die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der drei in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA zwischen Westdeutschland und Westberlin von den sowjetischen Streitkräften in der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt wird. Eine solche Regelung schließt jedoch die Zuständigkeit der DDR für diese Fragen nicht aus. Der Verkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Westsektoren Berlins und der Verkehr innerhalb Berlins wird von keinerlei Abmachungen berührt. Das gilt auch für das Überfliegen des Territoriums der DDR in den Flugkorridoren zwischen Westdeutschland und Berlin, soweit dies nicht der Versorgung der Westberliner Garnisonen der USA, Englands und Frankreichs dient.«⁶

Ulbrichts Ankündigung der notwendigen Veränderungen in Berlin fand wenige Tage vor dem 10. November statt, an dem Chruščev in Moskau die Bühne des Sportpalastes betrat und den Westmächten diese Forderungen ultimativ als sowjetische Außenpolitik präsentierte. Die zweite Berlin-Krise hatte begonnen.⁷

Ein Motiv des sowjetischen Ultimatums an die Westmächte von 1958 war offenkundig: die Stabilisierung der DDR als sozialistischer Staat in Deutschland. Diese Zielsetzung richtete sich direkt gegen die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, welche die DDR nicht anerkannte, international deren Anerkennung blockierte und gegenüber den vier Siegermächten auf einer Wiedervereinigung Deutschlands auf Basis freier Wahlen beharrte. Das innerstaatliche Legitimationsproblem der SED-Herrschaft hatte sich fünf Jahre zuvor, am 17. Juni 1953, eruptiv in der DDR gezeigt, in dem ersten großen Volksaufstand gegen eine kommunistische Diktatur im sowjetischen Imperium überhaupt. Der durch die sowjetischen Besatzungstruppen im Keim erstickte Aufstand demonstrierte auch das nationale Einheitsstreben vieler Deutscher in der DDR. Dieser Geist der nationalen Einheit sollte in der DDR gebändigt werden. Die erste Antwort auf diese Drohungen gaben die Wähler von West-Berlin am 7. Dezember 1958, sie ließen sich nicht einschüchtern. Die Wahlbeteiligung von 93 Prozent gleich einer Volksabstimmung gegen dieses Ultimatum und die SED, die nur 1,9 Prozent der Wählerstimmen bekam. Die Partei war sich der Bedeutung dieses Wahlergebnisses wohl bewußt und teilte Moskau mit: Die Lage in West-Berlin werde sich erst »radi-

kal ändern, wenn die westlichen Besatzungsmächte aus West Berlin abziehen würden.«⁸

Ulbrichts Ziel: die volle Souveränität der DDR

Chruščev verband seine Forderung an die Westmächte, innerhalb von sechs Monaten mit der Sowjetunion einen Friedensvertrag über Deutschland abzuschließen, mit einer Drohung: Sollte der Westen sich weigern, einen solchen Friedensvertrag zu unterzeichnen, werde die Sowjetunion nach Ablauf dieser Frist einen solchen mit der DDR abschließen. Der springende Punkt dieser Drohung war die Ankündigung, der DDR vertraglich die sowjetischen Statusrechte in Berlin und damit die Kontrolle der Transitwege zu Lande, zu Wasser und in der Luft von der Bundesrepublik nach West-Berlin zu übergeben.

Diese Ankündigung eröffnete der Staatspartei der DDR eine Chance auf volle Souveränität der DDR auch gegenüber der sowjetischen Vormacht. Ulbricht war gewillt, sie zu nutzen. Ihm ging es 1958 um mehr als die Schließung der offenen Sektorengrenze zu West-Berlin. Er kannte natürlich die Grundvoraussetzung eines möglichen Erfolgs der SED: Sie konnte ihr Ziel nur im Kontext der sowjetischen Deutschlandpolitik durchsetzen und blieb von den Moskauer Entscheidungen abhängig, auf die wiederum Ulbricht nur bedingt Einfluß ausüben konnte. Für ihn blieb vom Anfang bis zum Ende der Krise sein entscheidender Prüfstein, ob die Sowjetunion tatsächlich bereit war, auf ihre Statusrechte in Berlin zu verzichten.

Ulbricht verlangt die Grenzschließung

Die Diskussionen zwischen Ost-Berlin und Moskau über die vordringliche Lösung der »Westberlinfrage« begannen im Herbst 1960 – zu einem Zeitpunkt, als die DDR in eine ökonomische Krise geriet. Ulbricht berichtete Chruščev im November 1960 über die krisenhafte Situation in der DDR und bat



Oben: Pressekonferenz Walter Ulbrichts am 15. Juni 1961. Bild: Deutsches Bundesarchiv. – Unten: Besuch Ulbrichts beim Mauerbau, 15. August 1961. Bild: Deutsches Bundesarchiv.



um Kredite sowie Wirtschaftshilfe. Die Rolle West-Berlins als destabilisierender Faktor für die DDR kam vor allem mit Blick auf die »Republikflucht« zur Sprache. Die Schließung der Sektorengrenze war laut dem Protokoll kein Thema zwischen Ulbricht und Chruschtschow. Der sowjetische Parteichef legte aber den Fahrplan für das weitere Vorgehen fest. Vor dem geplanten Treffen mit dem neuen gewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy sollte es in der Berlin-Frage keine Entscheidungen geben.

Im Januar 1961 beriet das SED-Politbüro die entstandene Lage und beschloß den verstärkten Kampf gegen die »Republikflucht« – das Codewort, unter dem auch die Grenzschießung in Berlin vorbereitet wur-

de. Ulbricht informierte Chruschtschow über diese Sitzung, nannte die Zahlen der Abwanderung und die Altersstruktur der Flüchtenden: 75 Prozent von ihnen waren unter 25 Jahre alt. Die soziale Zusammensetzung war besonders alarmierend, Angehörige der Intelligenz und qualifizierte Facharbeiter verließen das Land. Mit ihrer Flucht verschärften sie die wirtschaftlichen Probleme der DDR. Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik, der »für jeden Einwohner in der DDR sichtbar war, ist der Hauptgrund dafür, daß im Verlauf von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen unsere Republik verlassen haben«.⁹

Die entscheidende Voraussetzung für diese Abwanderung erwähnte Ulbricht

nicht direkt: die offene Sektorengrenze in Berlin; doch gerade sie war der Kern des West-Berlinproblems der SED. Ulbricht drängte nachdrücklich auf seine Lösung noch im Jahr 1961.

Zwei Monate später forderte Chruschtschow, Ulbricht möge mit Maßnahmen in Berlin warten, bis er selbst mit Kennedy zusammengetroffen sei. Er wollte den Friedensvertrag über Deutschland mit den Amerikanern aushandeln. Sein politisches Kalkül dabei sprach er offen aus: »In den Gesprächen mit Kennedy wird der Friedensvertrag eine zentrale Frage sein. Wenn wir ihm den Friedensvertrag abringen, reißen wir die NATO in Stücke, denn die deutsche Frage zementiert die NATO.«¹⁰

Im März 1961 traten die Differenzen in den Prioritäten zwischen der Großmacht und ihren Satelliten offen zutage. Wollte die SED mit dem Friedensvertrag vordringlich ihr West-Berlin-Problem lösen, so verfolgte Chruschtschow mit diesem Vertrag nicht weniger als eine weltpolitische Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa. Aus den unterschiedlichen Zielprojektionen ergab sich auch eine Differenz in der Einschätzung der Bedeutung der »Republikflucht« über Berlin. Der sowjetische Parteichef spielte die Fluchtbewegungen in ihrer Bedeutung für die Stabilität des SED-Staates herunter. Noch im März dachte der sowjetische Parteichef nicht daran, in Berlin die offene Tür zu schließen, obwohl ihm Ulbricht eindringlich versicherte: »Gegenwärtig stört uns das mehr als je zuvor, die Flucht hat jetzt einen größeren Umfang als vor zwei Jahren.« Ulbricht übertrieb nicht, 1959 verließen 143 917 Flüchtlinge die DDR und Ost-Berlin, 1960 stieg diese Zahl auf 199 188, bis zum 13. August 1961 kamen weitere 207 026 Menschen nach West-Berlin.¹¹

Am Scheideweg: Gipfeltreffen in Wien im Juni 1961

Die Frage eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Berlinfrage waren in Wien Gegenstand der letzten Gesprächsrunde zwischen dem amerikanischen Präsi-

Oben: Mauerbau mit Betonblöcken. Bild: Deutsches Bundesarchiv. – Unten: Mauerbau, Kampfgruppenappell, 23. August 1961. Bild: Deutsches Bundesarchiv.

den Kennedy sowie dem sowjetischen Partei- und Staatschef Chruschtschow. Das Gespräch verlief konfrontativ, und Chruschtschow übergab Kennedy ein auf sechs Monate befristetes Ultimatum, um die Berlin-Fragen zu lösen.

Chruschtschow betonte gegenüber Kennedy sein Interesse, mit ihm einen Friedensvertrag abzuschließen. Dieses Angebot verband er sofort mit einer Drohung: *»Wenn Sie jedoch nicht die Bereitschaft dazu zeigen, werden wir allein auf einseitiger Grundlage den Friedensvertrag mit Deutschland schließen und dabei vor nichts haltmachen.«*¹² Kennedy entgegnete, *»daß wir in West-Berlin bestimmte Rechte gemäß den Vereinbarungen mit Ihnen erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte Ostdeutschland übertragen. Auf einseitige Weise können Sie niemandem unsere Rechte übertragen.«* Chruschtschow fragte: *»Aber wozu brauchen Sie West-Berlin, warum halten Sie es für einen wichtigen Punkt?«* Kennedy ging auf diese Frage ein und unterstellte dem sowjetischen Staatschef, daß er versuche, die USA in die weltpolitische *»Isolation«* zu treiben. *»Wenn wir diese Bedingung akzeptieren, dann wird das, ich wiederhole, zur völligen politischen Isolierung der USA führen, aber ich bin nicht deshalb Präsident der USA geworden, um bei einem solchen Prozeß der Isolierung meines Landes zu präsidieren, ebenso wie auch Sie, dessen bin ich sicher, dem niemals bezüglich Ihres Landes zustimmen würden.«* Chruschtschow: *»Heißt das, daß sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollen?«* Kennedy: *»Wir sind daran interessiert, unser Zugangsrecht und unsere Rechte in West-Berlin insgesamt aufrechtzuerhalten.«* Er wollte den Standpunkt der sowjetischen Seite nicht verändern, appellierte aber angesichts der gegenwärtigen Weltlage an ihn, das *»Gleichgewicht der Kräfte nicht zu verändern«*. Chruschtschow kam noch einmal auf seine ultimative Drohung zurück, am Ende des Jahres einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen. Kennedy stellte klar, daß nicht der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR an sich das Problem sei, sondern: *»der uns unsere Rechte nimmt, ist ein Akt des Krieges.«*



Dieser Wortwechsel war vielleicht von entscheidender Bedeutung für Chruschtschows Entscheidung, Ulbricht die Sektorengrenze in Berlin schließen zu lassen. Eine formale Übertragung der Berliner Statusrechte der Sowjetunion an die DDR würde das Problem also keinesfalls lösen, denn der Versuch der DDR, diese Rechte gegenüber den Westmächten durchzusetzen, würde einen militärischen Konflikt heraufbeschwören. Kennedy hatte die Schwachstelle in der Drohung mit dem separaten Friedensvertrag gefunden und gegenüber Chruschtschow markiert.

Chruschtschow befand sich nach dem Wiener Gipfel in einem Dilemma: Den von ihm angestrebten Friedensvertrag mit den Westmächten zur Veränderung des Status quo in

Berlin konnte er auf dem Verhandlungsweg nicht durchsetzen, und die Krise der DDR, die sich in der Massenflucht über West-Berlin immer mehr verschärfte, ließ ein weiteres Zuwarten nicht zu.

Ulbricht: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!«

Nach Wien ging es um die Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin, um die Existenz des SED-Staates zu sichern. Noch zögerte Chruschtschow, diese Konsequenz zu ziehen. Am 15. Juni eröffnete Ulbricht diesen Prozeß propagandistisch mit einer spektakulären, internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin.¹³ Das »Wiener Ultimatum« hatte in West-Berlin Ängste und Ratlosigkeit, in der

Gespräch Chruščevs mit Walter Ulbricht, 1. August 1961:

Chruščev: Als ich vor zwei Jahren bei Ihnen auf dem Parteitag war, war alles gut. Was ist denn passiert? Schließlich wollten Sie die BRD in den Jahren 1961–62 einholen.

Ulbricht: Wir haben den Rohstoffbedarf unserer Pläne nicht gedeckt, das heißt die Pläne waren nicht ausgewogen. Wir müssen Stahl und andere Waren auf Kosten der Ausfuhr von Konsumgütern importieren. Ich habe die Staatliche Planbehörde schon dafür gerügt.

Chruščev: Was ist denn geschehen? Die DDR kann die Rohstoffe nicht bezahlen? Schließlich wird niemand Rohstoffe umsonst liefern.

Ulbricht: Ja, das geht nicht. Ich werde ein Beispiel anführen. Wir haben für 100 Millionen [Verrechnungseinheiten] Schuhe in Westdeutschland gekauft und uns bei ihnen auf Verrechnung Schulden aufgenommen. Sie haben uns gemahnt, wenn wir nicht bis 15. August bezahlen, werden die Lieferungen eingefroren.

[...]

Chruščev: Ich würde die Kontrolle nur in Berlin errichten, nicht aber am Außenring.

Ulbricht: Für den Anfang ist die Kontrolle des Außenrings nötig, damit sich diese Personen nicht schon jetzt in Berlin ansammeln. Dieser Außenring existiert in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Status, aber wir sind der Ansicht, dass die Grenze in Berlin verläuft. Aber man muss alles schnell machen.

Chruščev: Wenn die Grenze geschlossen wird, werden sowohl die Amerikaner als auch die Westdeutschen zufrieden sein. Botschafter Thompson hat mir gesagt, dass diese Flucht den Westdeutschen Unannehmlichkeiten bereitet.

Mithin, wenn Sie diese Kontrolle errichten, werden alle zufrieden sein. Und zudem werden sie die Macht spüren.

Ulbricht: Ja, dann wird eine Stabilisierung erreicht werden.

Chruščev: Ich habe eine technische Frage. Wie wird die Kontrolle an den Straßen verwirklicht, deren eine Seite sich in der DDR befindet und die andere in West-Berlin?

Ulbricht: Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die einen Ausgang nach West-Berlin haben, werden wir diesen Ausgang zumauern. An den anderen Orten werden wir Sperren aus Stacheldraht errichten. Der Draht ist schon herangeschafft worden. Das alles kann man sehr schnell machen.

Schwieriger ist es mit dem Transportwesen. Wir bauen die Bahnsteige der S- und U-Bahn um für das Umsteigen nach West-Berlin.

Chruščev: Aber wer wird dann denn umsteigen?

Ulbricht: Jener Teil der Bevölkerung, der die Genehmigung zum Überschreiten [der Grenze] erhält. Beispielsweise wohnen etwa 14 Tausend Leute, darunter ihnen viele Vertreter der Intelligenz, in West-Berlin, arbeiten aber bei uns.

Chruščev: Ich habe noch eine Frage. Wenn Sie Ihren Leuten erlauben, in West-Berlin zu wohnen, werden dann dort Personen, die bei Ihnen wohnen, arbeiten können?

Ulbricht: Nein, das wird nicht erlaubt, das ist etwas anderes. Jedoch gibt es bei uns einige Tausend Kinder, vor allem aus kleinstädtischen Familien, die in Ost-Berlin wohnen und in West-Berliner Schulen lernen.

Chruščev: Das ist zu unterbinden.

Ulbricht: Ja, wir werden sie nicht mehr lassen.

Bis jetzt sind unsere Züge nach Potsdam durch West-Berlin gefahren. Jetzt werden sie den Umweg über das Territorium der DDR neh-

men müssen. Jedoch besteht die Gefahr, dass die Behörden West-Berlins und der Besatzungsmächte die uns gehörenden Bahnhöfe in West-Berlin beschlagnahmen. Aber das wird sich für sie jedoch schwer machen lassen, weil die Züge, die von dort [nach Westdeutschland] abgehen, anschließend über unser Territorium fahren.

Chruščev: Dann können sie das nicht machen, weil andernfalls Sie den Weg für den Transport schließen werden.

Ulbricht: Dabei entsteht das Problem der [westlichen] Militärzüge, die wir abfertigen müssen. Das heißt, solche Konflikte werden entstehen.

Chruščev: Kleine Konflikte – das schadet nicht. Aber man muss es klug machen, damit uns nichts vorzuwerfen ist.¹

Gespräch Chruščevs mit Walter Ulbricht, 2. November 1961:

Chruščev: Die Deutschen hatten einmal den Gesichtspunkt, und wir haben sie offensichtlich dabei unterstützt, dass wirtschaftliche Verbindungen der DDR mit Westdeutschland für die DDR von Nutzen seien. Dabei dachten wir, dass Westdeutschland von Ihren Aufträgen abhängig ist. Das hat sich als unrichtig erwiesen, und wir müssen dafür jetzt zahlen. Ebenso zahlen [dafür] unsere Genossen in Rumänien und Polen. Kádár hat mir ebenfalls gesagt, dass sich ihre Abhängigkeit vom Westen auf 30 Prozent beläuft. Augenscheinlich gibt es in den Staatlichen Plankommissionen Leute, die zum Westen tendieren.

[...]

Ulbricht: Aber jetzt ist bereits eine andere Situation entstanden. Uns ist bekannt, dass Erhard

DDR dagegen eine neue Welle beinahe panikartiger Fluchten ausgelöst.

Angesichts dieser Situation entschloß sich Ulbricht zur propagandistischen Offensive, und seine Botschaft war unzweideutig: Der Friedensvertrag und die Lösung der West-Berlinfrage würden kommen! Noch hatte der sowjetische Parteichef aber die Teilung Berlins durch Stacheldraht nicht entschieden.

Ulbricht trat selbstbewußt auf und ließ keinen Zweifel an der Durchsetzung des Friedensvertrages aufkommen. Von den zahlreich eingeladenen westdeutschen Journalisten und ihren Fragen hat sich eine in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebrannt. Die Korrespondentin der *Frankfurter Rundschau* fragte ihn: »Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet

wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?«

Ulbrichts Antwort hat in der öffentlichen Meinung Deutschlands bis heute sein Bild vom »Mauerbauer« geprägt, der zwei Monate vor dem 13. August die Öffentlichkeit kalt und berechnend täuschte. »Ich verstehe Ihre Fragen so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.«

Die Entscheidungen

Ende Juni/Anfang Juli 1961 hatte Ulbricht Chruščev mitgeteilt, daß er bei einer offenen

Sektorengrenze in Berlin die Existenz der DDR nicht mehr garantieren könne.¹⁴

Bevor sich Chruščev am 20. Juli während seines Urlaubs endgültig entschied, Ulbricht die Berliner Sektorengrenze abriegeln zu lassen, zog er Erkenntnisse und Berichte des militärischen Geheimdienstes (GRU) und des KGB vor allem über die amerikanische Politik zu Rate.¹⁵ Alle Informationen der Geheimdienste ließen für ihn nur eine Schlußfolgerung zu: Die Bedrohung des freien Zugangs nach West-Berlin könnte zum militärischen Ernstfall werden.

Chruščev erlaubte Ulbricht die Grenzschießung in Berlin und befahl gleichzeitig dem Befehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), Armeegeneral Ivan I. Jakubovskij, die Pläne für die Grenzschießung auszuarbeiten.¹⁶

die Annahme eines neuen Programms zur Untermünierung unserer Wirtschaft durch einzelne Maßnahmen vorgeschlagen hat. Es wurde der Beschluss gefasst, uns systematisch die einen oder anderen Waren nicht zu liefern. Früher gab es so einen Beschluss nicht.

Chruščev: Ich sehe keinen Sinn in einer derartigen Ausrichtung unserer Diskussion. Darüber, dass Adenauer ein Schuft ist, haben wir keine unterschiedlichen Meinungen. Es ist verständlich, dass er alles tut, um die DDR zu unterminieren. Das Gleiche lässt sich auch von Erhard sagen. Über all das zu reden, ist für uns Kommunisten sinnlos. Ich bin für Adenauer nicht verantwortlich, auch wenn ich ihm Wein schicke. Auch wenn ich ihm noch mehr schicke, macht er seine Sache trotzdem. Reden wir lieber über unsere Angelegenheiten. Wir führen den Kampf gegen den Kapitalismus, und wir werden ihn ständig führen. Erst wenn wir ihn beenden werden, wird es keine Fragen [mehr] geben. Adenauer wird gehen, ein Zweiter wird da sein, ein Dritter – das ist alles ein- und dasselbe. Lassen Sie uns bessere Arbeit leisten.

Ulbricht: Aber wir werden unseren Plan nicht erfüllen.

N.S. Chruščev: Aber wozu hier Adenauer? Er ist dafür nicht verantwortlich. Wir sind Kommunisten und müssen unsere Wirtschaft richten. Schließlich werden Sie, wenn der Friedensvertrag unterschrieben ist, keine bessere Situation haben als jetzt. Wenn der Friedensvertrag unterschrieben ist, wird die Liebe Adenauers zu Ihnen und uns nicht größer werden, die Schwierigkeiten werden bleiben. Was die Vorschläge zu den Fragen des Friedensvertrags betrifft, ist Ihr Entwurf gut. Ich kenne die Auffassung unseres Außenministeri-

ums nicht, aber ich glaube, dass dies ein richtiges politisches, propagandistisches Konzept ist.

Gromyko: Auf propagandistischer Ebene.

Chruščev: Natürlich auf propagandistischer [Ebene], doch eine andere gibt es derzeit nicht. Das ist von Vorteil für die DDR.

W. Ulbricht: Gut. Dann ist alles klar.

Chruščev: Was ist klar? Lassen Sie uns klarstellen, was klar und was unklar ist.

Honecker: Unklar ist, wann wir uns von der Einmischung Westdeutschlands befreien.

Chruščev: Solange der Kapitalismus lebt, wird er sich einmischen. Wir werden uns einmischen, wenn wir die Möglichkeit haben, und sie ebenso. Obwohl sowohl wir als auch sie das leugnen. Das ist auch begreiflich, denn wir stellen antagonistische Systeme dar.

Die Hauptsache ist die Befreiung der DDR-Wirtschaft aus der Abhängigkeit von Westdeutschland. Dann wird Adenauer keine derartige Bedeutung [mehr] haben. Er hat ja keinen Einfluss auf die Sowjetunion. Die USA drohen jetzt eine wirtschaftliche Blockade gegen die Sowjetunion an. Doch wird ihre Blockade keine Schwierigkeiten machen, wohl aber Polen und ebenso Rumänien, weil sie sich [im Westen] verschuldet haben. Das ist kein Vorwurf, sondern die Feststellung einer Tatsache.

Und ich bitte Sie zu begreifen, dass man es nicht so machen darf: Wenn sie eine Blockade verhängen werden, dann werden wir aus den Kellern Gold herbeiholen und alles bei den Kapitalisten kaufen. Wir können es nicht so machen. Es ist ebenfalls nicht richtig, dass Ihre Wirtschaft auf Maschinenteile ausgerichtet ist, die in Westdeutschland produziert werden. Offenbar leistet Ihre Staatliche Plankommission unrichtige Arbeit und verlässt sich

darauf, dass wir Sie mit Gold unterstützen müssen. Wir haben Öl, Kohle, Stahl und andere Rohstoffe, alles, was wir Ihnen geben. Aber Sie erbitten von uns das, was wir nicht haben. Diese Bitten können wir nicht erfüllen. Lassen Sie uns das unverblümt vereinbaren. Die Vertreter Ihrer Staatlichen Plankommission haben mit unseren Vertretern ein halbes Jahr lang zusammengesessen, aber ich sehe keinen Fortschritt.

Sie haben in Ihrem Schreiben zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie ein geringes Wirtschaftswachstum haben. Ihre Wirtschaft muss auf Trab gebracht werden, aber nicht so, wie Sie vorschlagen. Wenn nicht Sie, sondern wir Adenauer für seine Lieferungen bezahlen, wird sich Ihre Situation nicht verbessern, und wenn es zum Konflikt kommt, wird er trotzdem mit Ihnen brechen.

Ich bin erstaunt: Bei uns fliegen Raketen, aber wir können das Wachstum der Industrie der DDR nicht gewährleisten. Das ist schlecht. Es ist notwendig, die Zusammenarbeit des sozialistischen Lagers zu entwickeln. Ich fühle Ihren stillschweigenden Vorwurf, dass wir die Entwicklung der Wirtschaft nicht gewährleisten können. Aber schließlich fordern Sie Gold deswegen.²

1. Aus: Gerhard Wettig (Hg.), Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen. Band 3: Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962), München 2011, Ebenda, Dokument 15.
2. Ebenda, Dokument 24.

Ulbricht: »An einem Sonntag handeln.«

Der sowjetische Botschafter übermittelte Chruščevs Entscheidung und Anweisung an Ulbricht, »die Grenze Westberlins zu schließen und mit der praktischen Vorbereitung dieser Maßnahme unter größter Geheimhaltung zu beginnen«.¹⁷ Ulbricht nahm die Mitteilung zur Kenntnis, ließ Chruščev seinen Dank ausdrücken, bevor er detailliert mit dem Botschafter über die Durchführung der Aktion sprach. Mit seinen Detailkenntnissen soll er den sowjetischen Botschafter verblüfft haben. Die SED dachte schon länger über diese Aktion nach, er wußte bereits, man »sollte an einem Sonntag handeln« – und der 13. August war ein solcher. Geheimhaltung war die Voraussetzung für die Vorbereitung und das Gelingen der Operation. Ulbricht ließ die für Chruščev bestimmten Nachrichten durch Kurier in die sowjetische Botschaft bringen, und Kwi-

zinskij nahm sie in Empfang. »Wir übersetzten die Dokumente und übermittelten sie nach Moskau.«¹⁸ Das geschah nicht durch Funk, da man fürchtete, der Code sei nicht sicher genug, sondern per Kurier. Pervuchin persönlich schrieb die Briefe für Chruščev und war im Zweifel, ob er seinen Außenminister Andrej Gromyko in die Sache einweihen durfte, was er dann aber doch tat. Der SED-Chef entschied, »nur Erich Mielke, den Minister für Staatssicherheit, Innenminister Karl Maron, Verteidigungsminister Erich Hoffmann und Verkehrsminister Erwin Kramer«¹⁹ einzubeziehen.²⁰

Die Verantwortlichen für diese Operation waren bis auf Mielke Moskau-Kader aus dem sowjetischen Exil. Die Ausarbeitung des Gesamtkonzepts übernahm Ulbricht selbst, und erst einige Tage später teilte er mit, daß er beschlossen habe, Erich Honecker als Stabschef einzusetzen.²¹ Zwi-

schen der Entscheidung und ihrer Durchführung lagen nur drei Wochen.

Ulbricht und Chruščev trafen am 1. August 1961 in Moskau zusammen.²²

An dieser Stelle muß ein Dialog genügen, um den Geist zu illustrieren, in dem die beiden kommunistischen Parteiführer über die Schicksale vieler Menschen entschieden:

Chruščev: »Ich habe eine technische Frage: Wie wird die Kontrolle an den Straßen verwirklicht, deren eine Seite sich in der DDR befindet und die andere in West-Berlin?«

Ulbricht: »Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die einen Ausgang nach West-Berlin haben, werden wir diesen Ausgang zumauern. An den anderen Orten werden wir Sperren aus Stacheldraht errichten. Der Draht ist schon herangeschafft worden. Das alles kann man sehr schnell machen. Schwieriger ist es mit dem Transportwesen.«

VI. Parteitag der SED vom 15.–21.1.1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin (2. Tag). Chruščev und Walter Ulbricht. Bild: Deutsches Bundesarchiv.



Ein weiteres Thema zwischen beiden war die Frage: Wie ernst war die Gefahr innerer Unruhen in der DDR? Dieser Teil des Gesprächs gewährt einen einzigartigen, bislang unbekannten Einblick in die Wahrnehmung der Krise des SED-Staates durch Ulbricht und Chruščev: *»Ich habe noch eine Frage. Ich lese vertrauenswürdige Geheimberichte aus dem Westen, und sie schätzen die Lage so ein, daß in der DDR die Bedingungen für einen Aufstand herangereift sind. Gemäß ihrer politischen Linie geben sie die Anweisung, die Sache nicht bis zu einem Aufstand kommen zu lassen, weil dies zu nichts Gutem führe. Sie sagen: »Wir werden nicht helfen können, und die Russen werden alles mit Panzern niederschlagen.« Darum rufen sie zum Abwarten auf, bis die Bedingungen herangereift seien. Ist dem wirklich so? Ich weiß das nicht genau und berufe mich lediglich auf westliche Berichte.«*

Ulbricht: *»Ein Aufstand ist nicht realistisch. Aber es sind Aktionen möglich, die uns großen internationalen Schaden zufügen könnten.«*

Die Legitimation für den Mauerbau

Vom 3. bis 5. August 1961 berieten der Politische Beratende Ausschuss der Staaten des Warschauer Paktes in Moskau die Lage der DDR und das Berlinproblem. Es waren die Parteiführer, die sich trafen, trotzdem war es nicht das Gremium, in dem über das Für und Wider der Schließung der Sektorengrenze in Berlin noch kontrovers diskutiert wurde. Die Entscheidung darüber war schon gefallen; die Aufgabe dieses Gremiums war es, sie international zu legitimieren.

Ulbricht trug seinen Plan zur Schließung der Sektorengrenzen für DDR-Bürger in Berlin vor und sprach offen aus, gegen wen diese Maßnahme gerichtet war – gegen »un-

sere Menschen«, wie die SED die Bevölkerung in der DDR in ihrer Propaganda gern vereinnahmte.²³ Der wahre Grund für die Grenzschießung, obwohl offensichtlich, konnte und durfte nicht genannt werden. Der Warschauer Pakt benötigte für den Bündnisfall propagandistisch die äußere Bedrohung eines Mitgliedsstaates. Und Ulbricht lieferte diese.²⁴ Mit einer historischen Analogie zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 konstruierte Ulbricht die äußere Bedrohung der DDR durch die Bundesrepublik, West-Berlin war für ihn der »vorgeschiebten Posten« für die Bonner »Revanchepolitik«, um die Notwendigkeit der Schließung der Sektorengrenze als Bündnisfall des Warschauer Paktes darzustellen.

Die auf dieser Ratssitzung ohne Diskussion beschlossene Erklärung diente den Staatsorganen der DDR als Legitimation für die Begründung ihrer Verordnungen zur Grenzschießung in Berlin. Der Warschauer Pakt empfahl, *»an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühl-tätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird.«*²⁵

Die SED setzte die Moskauer Empfehlung auf einer Politbüro-Sitzung am 7. August um, die Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes wurde zum Basistext für die dort gefaßten Beschlüsse, die dann von Volkskammer und Ministerrat einstimmig und damit »demokratisch« verabschiedet wurden.

Der Beschluß des DDR-Ministerrates und die Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes hatten eines gemeinsam: Sie

dienten der Legitimation der endgültigen Teilung Berlins.

Der militärische Aufmarsch

Ulbricht hatte in Moskau eindeutig klargestellt: Die Schließung des Tors zum Westen richtete sich gegen die DDR-Bevölkerung. Das Verlassen des SED-Staates ohne staatliche Genehmigung war als »Republikflucht« bereits kriminalisiert, und nun sollte denen, die es trotzdem wagten, der Weg über Berlin endgültig versperrt werden. Diese politische Zielsetzung gab der Sperrung der Sektorengrenzen ihre Form. Sicherheitspolitisch war sie eine komplexe Aufgabe, bei der den sowjetischen Streitkräften und der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR die militärische Sicherung der Operation oblag. Sie standen für den Fall in Bereitschaft, daß sich über die Kontrolle der Transitwege nach West-Berlin ein militärischer Konflikt mit der NATO entwickelte.

Die Grenzabriegelung in Berlin selbst war eine Aufgabe des Ministeriums des Innern, dem die Grenzpolizei und die »Kampfgruppen der Arbeiterklasse«, die Parteiarmee der SED, unterstanden. Nur sie sollten zusammen mit der Volkspolizei in Berlin eingesetzt werden, um der ganzen Aktion den Charakter eines »Polizeieinsatzes« zu geben. Trotzdem war dies Teil der militärischen Operation – das zeigt sich an der Tatsache, daß die sowjetische Armee die Planungsunterlagen für diese Aktion erstellte.

Im Zusammenhang mit dem »Wiener« Ultimatum hatte schon am 1. Juli das Präsidium des ZK der KPdSU den von den Militärs ausgearbeiteten Einsatzplan »Maßnahmen zur Durchführung einer verstärkten Kontrolle und Bewachung an den Außen- und Sektorengren-

zen Groß-Berlins« bestätigt.²⁶ Die Sowjetunion hatte fast ein Drittel der gesamten Landstreitkräfte für die militärische Absicherung der Grenzsicherung in Berlin in der DDR, Polen und Ungarn konzentriert. Auch die Luftstreitkräfte wurden in der DDR verstärkt, und sie verfügten erstmals über »Spezialmunition«. »Hinter diesem Begriff verbargen sich in der sowjetischen Militärsprache Atomwaffen.«²⁷

Die Arbeitsteilung zwischen der Gruppe der GSSD und der NVA während der Sperrung der Sektorengrenzen wurde so festgelegt, daß die Volksarmee die Aktion außer Sichtweite der Grenze sicherte und die sowjetischen Truppen »sich in voller Kampfbereitschaft in der zweiten Reihe«²⁸ bereithielten. Der reaktivierte Marschall der Sowjetunion Ivan S. Konev übernahm am 10. August sein Kommando als Oberkommandierender der GSSD. An diesem Tag erfolgte auch die Befehlsausgabe an die drei DDR-Minister zur Durchführung der Grenzsperrung am 13. August.²⁹

Vom Stacheldraht zur Mauer

Ulbricht hielt Stacheldraht für ein geeignetes Material zur raschen Absperrung der Sektorengrenze. Um den 20. August, erinnerte sich Kwisinski, fand eine Besprechung zwischen ihm, dem sowjetischen Botschafter Pervuchin und Marschall Konev statt. Ulbricht erklärte seinen sowjetischen Gästen, »jetzt müsse man die Lage konsolidieren und die Grenze befestigen [...] Wir werden anstelle des Stacheldrahtes eine Betonmauer bauen«, sagte Ulbricht.³⁰

Der weitere Ausbau der Grenzsicherung in Form der Ersetzung des Stacheldrahtes durch eine Mauer folgte dieser Vorgabe.

Als sich die Delegationen von SED und KPdSU am 2. November 1961 trafen, hatte Ulbricht noch »eine kleine Frage« an Chruschtschow, ob es jetzt der richtige Zeitpunkt sei, um die Grenze zu befestigen. Seine Antwort war lapidar: »Aber warum sollte man das nicht tun?«³¹

Die von Chruschtschow nach dem Wiener Gipfel gebilligte Teilung Berlins erwies sich tatsächlich als Ende seiner Offensive zur Durchsetzung der »Freien Stadt Westberlin«. Die Einflußsphären in der europäischen Nachkriegsordnung bekamen mit der Berliner Mauer ihr abschreckendes und zugleich entlarvendes Symbol. Die Lösung der deutschen Frage blieb offen, doch der sowjetische Rückzug aus der politischen Offensive (und nichts anderes war die Teilung Berlins letztlich) vermied den möglichen atomaren Krieg um Berlin. Der Verlierer war Ulbricht: die Sowjetunion gab den Viermächtestatus von Berlin nicht auf, und der DDR wurde die Kontrolle der Transitwege für die Westmächte in Berlin nicht übertragen.

Anmerkungen

1. Bis 1990 existierten zwei Schreibweisen für die Westsektoren von Berlin. Die Bundesregierung und der Senat von Berlin schrieben »West-Berlin« und analog »Ost-Berlin«. Die DDR und damit die Sowjetunion schrieben »Westberlin« in einem Wort. Für Ost-Berlin stand zunächst »das demokratische Berlin« und dann »Berlin-Hauptstadt der DDR«. Beide Schreibweisen sind Ausdruck unterschiedlicher Rechtsauffassungen über den Status von Berlin; der Westen ging von der gemeinsamen Vier-Sektoren-Stadt aus, der Osten integrierte den Ostteil in die DDR und betonte die besondere politische Einheit Westberlin. Wegen dieses Unterschieds werden beide Schreibweisen in diesem Text verwendet.
2. Siehe hierzu die Statistik 5, Fluchtbewegungen aus der DDR und dem Ostsektor von Berlin (1949–1961), in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002, 312.
3. Walter Ulbricht: »Der Sozialismus siegt!« Schlußwort, in: *Protokoll des V. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, 10.–16.7.1958 in Berlin, 2 Bände, Berlin (Ost) 1959, Bd. 2, 1348.
4. Ebenda, 319.
5. Vgl. Gerhard Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau*, München 2006, 24.
6. Ulbricht: »Der Sozialismus siegt!« (Anm. 3), 649 f.
7. Westmächte zerstörten Rechtsgrundlage ihres Aufenthaltes in Berlin – UdSSR fest an der Seite der DDR. Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikita S. Chruschtschow, zur Deutschlandfrage und über Berlin, 10.11.1958, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion*, Band II: *Vom IV. Parteitag der SED (30.3.–6.4.1954) bis zur Überreichung des zweiten sowjetischen Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland (10.1.1959)*, Berlin (Ost) 1963, 655.
8. SAPMO-BArch, DY 30/JIV 2/2A/668.
9. SAPMO-BArch, DY 30/3508, Ulbricht an Chruschtschow, 18.1.1961.
10. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 113–123, Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 31.3.1961, abgedruckt in: Gerhard Wettig in Zusammenarbeit mit Stefan Karner/Horst Möller/Mikhail Prosumenschtschikow/Peter Ruggenthaler/Barbara Stelzl-Marx/Natalja Tomilina/Aleksandr Tschubarjan/Matthias Uhl/Hermann Wenter (Hg.), *Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen. Band 3: Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962)*, München 2011, Dokument 4). Diesem Protokoll entstammen alle weiteren Zitate.
11. Statistiken und Dokumente, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall* (Anm. 2), 312–314.
12. RGANI, F. 52, op. 1, d. 468, 2–14, Protokoll der Gespräche Chruschtschows mit Kennedy in Wien, 3.6.1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.), *Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–*

1964 (Anm. 10), Dokument 10. Dieser Quelle entstammen die folgenden Zitate.

13. SAPMO-BArch, NY 4182/653, Protokoll der Internationalen Pressekonferenz mit Walter Ulbricht, 15.6.1961.
14. Vgl. Julij A. Kwizinski, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1993, 179–181.
15. Matthias Uhl, *Krieg um Berlin?*, München 2008, 165–182; Rolf Steininger, *Berlinkrise und Mauerbau 1958 bis 1963*, München 2009, 223–226.
16. »Arbeiten Sie einen Plan zur Grenzordnung zwischen beiden Teilen Berlins aus!« Interview mit Generaloberst Anatolij Grigorjewitsch Mereschko Manfred Wilke/Alexander J. Watlin, *Deutschland Archiv* 1/2011 – Dokumentation, <http://previen-update.bpb.de/themen/NAWPSE.html>
17. Kwizinski, Vor dem Sturm (Anm. 14), 180, alle folgenden Zitate entstammen der gleichen Quelle.
18. Ebenda, 181.
19. Kramer emigrierte 1932 in die Sowjetunion und arbeitete dort im Verkehrswesen, 1937 Lehrgang Taktik der Pioniertruppen an einer sowjetischen Militärschule; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Instrukteur für das Pionierwesen eines Armeekurses.
20. Kwizinski, Vor dem Sturm (Anm. 14), 180.
21. Ebenda.
22. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 129–147, Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 1.8.1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.), *Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964* (Anm. 10), Dokument 15. Die folgenden Zitate stammen aus diesem Dokument.
23. SAPMO-BArch, DY 30/3478, Rede Ulbrichts in Moskau auf dem Treffen der Ersten Sekretäre der ZKs der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten, 3.8.1961.
24. SAPMO-BArch, DY 30/3386, Erklärungen der Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten, Entwurf ohne Datum, handschriftlicher Zusatz »Streng geheim«, die kursiv gedruckten Satzteile sind handschriftliche Einfüllungen, vermutlich eine Übersetzungskorrektur durch Otto Winze. Alle weiteren Zitate aus dem Entwurf dieser Erklärung.
25. SAPMO-BArch, DY 30/3386, Erklärungen der Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten.
26. Uhl, *Krieg um Berlin?* (Anm. 15), 126 f. Dieser Plan ist bis heute für die historische Forschung noch immer gesperrt, betonte Uhl.
27. Ebenda, 128 f.
28. Ebenda, 127.
29. Vgl. Interview mit Generaloberst Anatolij Grigorjewitsch Mereschko (Anm. 16).
30. Kwizinski, Vor dem Sturm (Anm. 14), 187.
31. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, S. 129–147, Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 2. 11. 1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.), *Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964* (Anm. 10), Dokument 24.

Prof. Dr. Manfred Wilke, Projektleiter am Institut für Zeitgeschichte München, Rothenburgstraße 27a, D-12165 Berlin, prof.manfred.wilke@googlemail.com